

# Sonstige Beschlüsse und Überweisungen

des 27. Landesparteitages der Sächsischen Union am  
17. November 2012 in Leipzig



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

**BESCHLÜSSE**

**BESCHLUSS (A5)**

**Betreff: Internet-Bildungspolitik**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, dass fächerübergreifend ein starker Fokus auf die Vermittlung von Medienkompetenz gesetzt wird und der Informatikunterricht in diesem Sinne weiterentwickelt wird.

**BESCHLUSS (A6)**

**Betreff: Palliativvorsorge**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag zu ersuchen,

1. dass das Lernfeld „Palliativpflege“ in die Altenpflegeausbildung eingebaut wird. Ein dementsprechender überarbeiteter Lehrplan muss mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz erarbeitet werden.
2. dass ein Studiengang Palliativpflege (Palliative Care) - adäquat dem der Dresden International University - gebührenfrei an der TU Dresden in Zusammenarbeit mit dem Universitätsklinikum Carl Gustav Carus installiert wird.

**BESCHLUSS (A12)**

**Betreff: „Flexi-Quote“**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union befürwortet eine „Flexi-Quote“, mit der Unternehmen gesetzlich dazu aufgefordert werden, sich selbst zur Festlegung einer verbindlichen Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat zu verpflichten. Wir lehnen eine gesetzlich festgelegte Frauenquote für Unternehmen ab.

Die Sächsische Union fordert ihre Mandatsträger im Sächsischen Landtag und in der Sächsischen Staatsregierung auf, diese Positionen vermerkbar zu vertreten, auch in der Bundespartei und im Bundesrat.

**BESCHLUSS (A13)**

**Betreff: Mindestlohn**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union bekennt sich zu folgenden Grundsätzen, die wir im vergangenen Jahr in unserem Grundsatzprogramm (S. 52) beschlossen haben:

„Die Sächsische Union steht für die Tarifautonomie und ist gegen einen einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn, der willkürlich von der Politik festgelegt wird. Wir sprechen uns für eine Lohnuntergrenze aus, die die Sozialpartner – also Arbeitgeber und Arbeitnehmer - gemeinsam festlegen sollten.“

Die Sächsische Union fordert ihre Amts- und Mandatsträger auf, diese Position wahrnehmbar zu vertreten, auch auf der Bundesebene.

**BESCHLUSS (A14)**

**Betreff: Lehrergehälter**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich für ein attraktives Entgeltniveau ein, um in Sachsen junge Lehrerinnen und Lehrer entsprechend ihrer Qualifikation für einen dauerhaften Einstieg in den Lehrerberuf zu gewinnen.

**BESCHLUSS (A15)**

**Betreff: Einstieg für Quereinsteiger ins Lehramt**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, durch pädagogische Zusatzausbildungen Quereinsteigern den Einstieg in den Lehrerberuf in Sachsen zu ermöglichen.

**BESCHLUSS (A17)**

**Betreff: Zweitwohnsitzsteuer**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, Schüler, Auszubildende und Studenten von der Zahlung einer Zweitwohnungssteuer zu befreien.

**BESCHLUSS (A20)**

**Betreff: Wegfall der Vorverlagerung der Sozialversicherungsbeiträge**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass die Staatsregierung des Freistaates Sachsen sich im Bundesrat für die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge einsetzt und damit die Liquidität Sächsischer Unternehmen verbessert und Bürokratie abgebaut wird.

**BESCHLUSS (A21)**

**Betreff: Eisenbahnverkehr nach Mittel- und Osteuropa**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich für einen zügigen und leistungsstarken Ausbau der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den europäischen Nachbarn Tschechische Republik und Republik Polen ein.

Die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird gebeten, sich für ein spezielles Förderprogramm für den Ausbau der grenzüberschreitenden Eisenbahnverbindungen zu unseren mittel- und osteuropäischen Nachbarn einzusetzen.

**BESCHLUSS (A22)**

**Betreff: Anstieg von Drogenkriminalität nicht hinnehmen!**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union sieht dringenden Handlungsbedarf um den, in den vergangenen drei Jahren deutlich gestiegenen, grenzüberschreitenden Drogenhandel im tschechisch-deutschen Grenzgebiet einzudämmen. Die CDU-Landtagsfraktion sowie die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden deshalb aufgefordert, Bundes- bzw. Staatsregierung zu ersuchen, in Gesprächen mit der Regierung der Tschechischen Republik auf das Problem aufmerksam zu machen und zum gesetzgeberischen Handeln aufzufordern.

Ziel muss es sein, eine Rücknahme der dort zum 1. Januar 2010 in Kraft getretenen Liberalisierung der Strafgesetzgebung zu erwirken. Denn diese hatte durch die Erleichterung des Drogenbesitzes für den Eigenbedarf mittelbar einen deutlichen Anstieg der Drogenkriminalität an den Grenzen zur Folge.

Außerdem setzen wir uns für eine verstärkte Kontrolle der Bundespolizei und des Zolls im Grenzraum ein.

**BESCHLUSS (A23)**

**Betreff: Welterbebewerbungen auf allen Ebenen unterstützen**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union begrüßt den Vorschlag einer Expertenkommission des Freistaates Sachsen die Gartenstadt Dresden-Hellerau, die Leipziger Notenspur und die Hallenhäuser in der Görlitzer Altstadt für die deutsche Tentativliste für die Unesco-Liste des Welterbes vorzuschlagen.

Darüber hinaus begrüßen wir den Vorschlag Schloss Hartenfels mit Schlosskapelle in Torgau als serielle Anmeldung zum schon bestehenden Weltkulturerbe „Luthergedenkstätten in Eisleben und Wittenberg“ in Sachsen-Anhalt zuzuordnen.

Die Amts- und Mandatsträger der Sächsischen Union werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen aktiv für diese Vorschläge und Bewerbungen einzusetzen.

Außerdem werden die Amts- und Mandatsträger der Sächsischen Union weiterhin auf allen Ebenen die Bewerbung der Montanregion Erzgebirge begleiten und unterstützen.

Außerdem setzt sich die Sächsische Union für die Aufnahme des Weltnaturerbes „Sächsisch-Böhmische Schweiz“ ein.

**BESCHLUSS (A24)**

**Betreff: Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich für die Schaffung eines unabhängigen Bildungsrates ein. Er soll nach dem Vorbild des Wissenschaftsrats eingerichtet werden.

Der Bildungsrat soll die Regierungen der Länder in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung des Bildungssystems sowie der Zusammenarbeit der Länder in Bildungsfragen beraten.

**BESCHLUSS (A25)**

**Betreff: Förderstrategie in Sachsen im Bereich Landwirtschaft nach 2013**

**Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union setzt sich für Kontinuität bei der investiven Förderung für Landwirtschaftliche Betriebe hinsichtlich Fördermaßnahmen, Fördersätzen bzw. -höhen und Förderobergrenzen ein.

Wir wollen die investive Förderung in Sachsen auch weiterhin ohne Nutzung der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz und als Regelförderung aufrechterhalten.

Für alle Investitionsvorhaben soll das vereinfachte Antragsverfahren unabhängig von der Förderhöhe gelten. Der Nachweis der Maschinenauslastung soll entfallen und die Förderuntergrenze bei 20.000 € verbleiben, um auch Familienbetrieben im Haupt- und Nebenerwerb eine Weiterentwicklung zu ermöglichen und eine vielseitig strukturierte Landwirtschaft im Freistaat Sachsen zu erhalten. Dabei sollen zügige und einfache Kontrollabläufe bei der Bewilligung, Abrechnung und Auszahlung seitens der Behörde gewährleistet werden.

## **BESCHLUSS (A26)**

### **Betreff: Energiewende und Netzausbau**

#### **Der Landesparteitag beschließt:**

Die Sächsische Union spricht sich für die Einbettung des gesamten Ausbaus der Erneuerbaren Energien in ein europäisches und bundesdeutsches Gesamtkonzept der Energieerzeugung und Nutzung aus. Dafür ist eine grundlegende Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erforderlich. Weitere kleinteilige und ständige Änderungen des bisherigen EEG werden den Herausforderungen der Energiewende mit dem Zieldreieck aus Versorgungssicherheit-Wirtschaftlichkeit-Umweltverträglichkeit nicht gerecht.

Neben der Erzeugung muss auch die Energieeinsparung stärker in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken.

Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien muss den Interessen von Grundeigentümern, Verbrauchern und der Wirtschaft ausreichend Rechnung getragen werden. Der Flächenverbrauch ist so gering wie möglich zu halten. Die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen und preiswerten Lebensmitteln muss weiterhin gewährleistet sein. Im Einzelnen heißt dies:

- Bevorzugung von marktkonformen, grundlastfähigen Energieträgern
- Beendigung der Privilegierung der Errichtung von Photovoltaik-Anlagen in einem 110-Meter-Streifen neben Autobahnen und Bahntrassen, um die Verdrängung landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verhindern;
- Absenkung der Förderung für größere Biogasanlagen, die nicht in funktionalem Zusammenhang mit landwirtschaftlichen Betrieben stehen um weitere Verwerfungen auf den bäuerlichen Boden- und Pachtmärkten zu verhindern;
- Verbindliche Regelung der Abstandsflächen für Windenergieanlagen in Abhängigkeit von der Anlagengröße im Landesentwicklungsplan und Lenkung des Ausbaus in weniger dicht besiedelte Regionen bei gleichzeitiger Aufhebung der regionalen Energievorgaben für einzelne Planungsregionen in Sachsen und Abschaffung fester Ausbauziele. Die Nutzung von Waldgebieten soll grundsätzlich vermieden werden. Dies gilt insbesondere für Waldflächen mit Schutzstatus nach Naturschutzrecht und mit ausgewählten Waldfunktionen. Positiv stehen wir der Erneuerung abgeschriebener Windkraftanlagen an bestehenden Standorten gegenüber.
- Wahrung agrarstruktureller Belange bei der Trassenplanung und kein zusätzlicher Flächenverbrauch durch den naturschutzfachlichen Ausgleich bei der Errichtung von Anlagen zur Erzeugung Erneuerbarer Energien und des Trassenbaus;
- Entschädigung für Grundeigentümer beim Trassenbau

## **BESCHLUSS (A27)**

### **Betreff: Sachsen digital gestalten**

### **Der Landesparteitag beschließt:**

#### **Sachsen digital gestalten**

#### **Das Internet ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes**

#### Sachsen digital gestalten: Neun Thesen

##### **1. Internet ist Grundlage im Alltag wie Wasser- oder Stromanschluss.**

Das Internet und die weitere Entwicklung der digitalen und mobilen Informationsverarbeitung verändern unsere Gesellschaft grundlegend und mit wachsender Geschwindigkeit. Die Sächsische Union erkennt darin vor allem viele Chancen, die wir für unseren Freistaat und unsere Gesellschaft nutzen wollen. Dafür ist ein stabiler und schneller Internetzugang an jedem Ort in Sachsen Voraussetzung. Die Sächsische Union arbeitet für eine flächendeckende Breitbandversorgung und will frei zugängliche W-LAN Hotspots an öffentlichen Plätzen ermöglichen.

##### **2. Moderne Arbeitsplätze entstehen im und durch das Internet.**

Neue Technik und intelligente Programme kommen uns im Alltag immer mehr entgegen und sorgen für mehr Komfort. Sachsen ist traditionell ein Land der Ingenieure. Viele Menschen bei uns haben kreative Ideen und Mut als Unternehmer. Solche Entwicklungen will die Sächsische Union befördern und gezielt netzbasierte Projekte und Unternehmensideen anstoßen oder durch städtische Open Data Konzepte initiieren.

##### **3. Das Internet schafft eine neue Art der Zusammenarbeit.**

Internet, Mobiltelefon, E-Mail. Die Menschen tauschen sich heute mehr aus und bleiben ständig in Kontakt. Nachrichten und Neuigkeiten verbreiten sich über die ganze Welt auch ohne klassische Medien. Die Richtung ist deutlich: Weniger Menschen lesen Zeitung, mehr Menschen informieren sich über Google, Facebook und andere Internetdienste. Die Sächsische Union nutzt diese Möglichkeiten intern und extern zur intensiven politischen Diskussion. Wie schon bei Erstellung des Zukunftsprogramms wird die Sächsische Union auch künftig Thesen und Position gemeinsam online erarbeiten.

##### **4. Die neuen Techniken müssen gelernt und gelehrt werden.**

Die Grenzen der gewohnten Medien wie beispielsweise Fernsehen oder Zeitung verschwimmen. Im Internet bilden sich neue Informationskanäle und Formate. Kinder und Jugendliche müssen lernen, durch Verständnis für die neuen Medien Risiken zu vermeiden und Chancen zu nutzen. Auch ältere Generationen brauchen die Kompetenz, sich in der Welt der neuen Medien zurecht zu finden. Die Sächsische Union will „Medien Tandems“ ins Leben rufen, mit denen die Enkel- und Großelterngeneration gegenseitig über Internet und digitale Medien voneinander lernen.

##### **5. Urheberschutz gilt auch in der digitalen Welt.**

Digitale Informationsverarbeitung ermöglicht jedermann Kopien ohne Verlust in unbegrenzter Anzahl. Der Verbreitung von wissenschaftlichen Erkenntnissen oder von Unterhaltung sind durch diese Entwicklung technisch keine Grenzen gesetzt. Das Urheberrecht hat die Aufgabe, hier einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Urheber und Nutzern herzustellen. Wie beispielsweise zwischen Autoren und Lesern oder Musikern und Hörern. Die Sächsische Union steht zum geistigen Eigentum; wir treten aber für eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen ein.

##### **6. Das Internet erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Die modernen Medien bieten in jedem Privathaushalt mühelos alle Instrumente der aktuellen Bürokommunikation. Die veränderte Ausstattung der Haushalte verändert auch die Arbeitswelt. Heimarbeit oder Telearbeitsplätze werden häufiger gewünscht. Die Sächsische Union will Unternehmen und öffentlichem Dienst Mut machen, neue Wege in der Arbeitswelt zu gehen. Die Sächsische Union macht sich dafür stark, die neuen Möglichkeiten für mehr Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu nutzen.

### **7. Das Internet verbessert die Chancen für den ländlichen Raum.**

Die demografische Entwicklung verändert unser Land. Flächendeckender Netzausbau kann für künftige Entwicklungen eine Angleichung der Lebensumstände zwischen Stadt und Land bedeuten. Ein Breitbandanschluss ist heute Standortfaktor. Das Internet ermöglicht heute an jedem Ort den Zugriff auf das volle Waren- und Kulturangebot und bietet völlig neue Möglichkeiten für Verwaltung und medizinische Versorgung. Die Sächsische Union steht für einen konsequenten Netzausbau insbesondere im mobilen Datennetz.

### **8. Freiheit und Sicherheit müssen auch im Internet durchgesetzt werden.**

Das Internet kann Werkzeug für Kriminelle oder Plattform für Extremisten werden. Die Sächsische Union steht für Sicherheit auch im Internet. Für uns ist klar, dass im Internet keine rechtsfreien Räume entstehen dürfen. Grundrechte, -werte und Gesetze zum Schutz von Menschen dürfen durch neue Technik nicht ausgehöhlt werden. Die neuen technischen Freiheiten dürfen nicht zur Verantwortungslosigkeit verkommen. Umgekehrt darf der Wunsch nach Sicherheit nicht die Freiheit des Einzelnen über Gebühr einschränken. Die Sächsische Union steht für höchste Sicherheitsstandards bei Verarbeitung und Übertragung persönlicher Daten – egal ob bei privaten oder öffentlichen Stellen.

### **9. Persönliche Daten brauchen einen besonderen Schutz.**

Die Kapazitäten, Informationen digital zu archivieren und zu analysieren scheinen grenzenlos. Entsprechend werden immer mehr Informationen gewonnen und gespeichert. Darunter sind auch persönliche Daten, die Auskunft geben über private Angelegenheiten oder Gewohnheiten. Vielen Menschen bereitet die automatisierte Auswertung oder der unbefugte Zugriff auf ihre eigenen Daten Sorge. Die Sächsische Union steht für einen Datenschutz, den nicht nur Behörden gegenüber den Bürgern garantieren, sondern der auch Unternehmen und weltweite Konzerne in ihrem Verhalten gegenüber den Kunden verpflichtet.

### Das Internet ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes: Überlegungen zur Zukunft

Die Digitalisierung ist Antrieb für die Entwicklung unseres Landes. Das Internet ist ein universelles Werkzeug, das in allen Bereichen unserer Zivilisation Einzug hält. Geräte und Maschinen werden weiter automatisiert und können sich gegenseitig über das Internet steuern. Navigationsgeräte haben Landkarten weitgehend abgelöst. Traktoren oder Mähdrescher werden mit GPS in der Spur gehalten. Fernsehen, Waschmaschine, Heizung oder Jalousien können schon heute von unterwegs programmiert werden. Besonders unterwegs wird das Internet neue Hilfe bieten können. Zukünftig erfahren wir auf der Autobahn vom Stau auf der Strecke von den vorausfahrenden Autos und schneller als aus dem Verkehrsfunk. Viele andere nützliche Automatisierungen, Vernetzungen oder Programmierungen sind denkbar und machbar. Die weltweite Vernetzung schafft eine neue Qualität der Kommunikation der Menschen und der Maschinen miteinander. Bilder, Informationen und Meinungen können innerhalb von Sekunden rund um den Globus verschickt werden. Jeder Einzelne kann sich über soziale Netze einer breiteren Öffentlichkeit mitteilen. Und umgekehrt erreichen Marketing und Werbung ein Höchstmaß an Individualisierung. Firmen lenken über das Nutzerverhalten im Internet die weitergehenden Angebote und steuern Werbung.

### **Digitale Strukturpolitik – gleiche Chancen in allen Regionen**

Das Internet bietet an jedem Ort das gleiche Angebot. Ob Stadt oder Land. Vorausgesetzt der Netzausbau ist flächendeckend und qualitativ hochwertig. Internet ist für Unternehmen die Verbindung mit dem weltweiten Markt und für die Standortentscheidung ebenso wichtig wie Strom- oder Telefonanschluss. Ohne Internetanschluss bleiben Regionen vom Fortschritt abgeschnitten – mit Internet bieten auch ländliche Regionen kulturelle und ökonomische Angebote, die urbanen Verhältnissen gleichkommen. Damit werden auch ländliche Gebiete für junge und qualifizierte Arbeitskräfte attraktiv, weil sich die Vorteile von Stadt und Land miteinander kombinieren lassen. Flächendeckender Netzausbau kann auf diese Weise auch Abwanderung verringern. Beispielsweise ist das wissenschaftliche Informationsangebot aus den Bibliotheken über Internet in jedem Haushalt egal an welchem Ort abrufbar. Angebote der Unterhaltungsmedien sind über Internet auch regional vollständig verfügbar. Das Konsumangebot für jede Art von Waren ist nicht mehr an einen Präsentations- und Verkaufsort als Laden gebunden, sondern kann über Onlineshops jederzeit und überall in Anspruch genommen werden.

Dafür braucht es größere Kapazitäten im Netz. Die steigenden Zugriffszahlen und Datenvolumina bringen die bestehenden Netze schon heute an ihre Grenzen. Der flächendeckende Netzausbau, insbesondere der mobilen Netze, muss deshalb Priorität haben. Grundsätzlich muss am Prinzip der Netzneutralität festgehalten werden, weil darin das kreative Potential steckt. Aber technische Grenzen werden „Verkehrsregeln“ für Daten im Netz erforderlich machen. Wo es technisch notwendig ist, müssen die Netzanbieter die Qualität der Datenübertragung durch Netzwerkmanagement sicherstellen können.

### **Digitale Teilhabe – neue Chancen zur Meinungsbildung**

Über das Internet haben sich neue soziale Netzwerke aufgebaut und die Menschen werden sich weiter miteinander verknüpfen. Die Verbindungen der Menschen untereinander wachsen exponentiell. Viele folgen diesem Trend zunächst einfach aus Freude am sozialen Kontakt und aus Neugierde am Austausch untereinander auch über Alltagsdinge. Tatsächlich entwickeln sich mit der wachsenden Vernetzung virtuelle Kommunikationsräume wie „digitale Stammtische“ oder „online think tanks“. Gleichzeitig ergeben sich daraus auch riesige Möglichkeiten für professionelle und interessengeleitete Kommunikation.

Unternehmen nutzen die Marketingmöglichkeiten, die sich damit eröffnen. Eine steigende Zahl von Menschen informiert sich nicht mehr über Tageszeitungen, sondern bezieht auch Nachrichten und politische Informationen über soziale Netzwerke und Internetdienste. Die Nachricht von der Notlandung eines Flugzeugs auf dem Hudson River in New York ging bei Twitter schneller um den Globus als über die offizielle Nachrichtenagentur. Neuigkeiten jeder Art werden über Facebook wie Mund-zu-Mund-Propaganda in Sekundenschnelle verbreitet. Glaubwürdigkeit der Informationen kann sich über die Verlässlichkeit der Teilnehmer auch in den verschiedenen sozialen Netzwerken aufbauen. Das Beispiel Wikipedia zeigt, wie ein guter Kodex der weltweit verstreuten und kollaborativ arbeitenden Redakteure hohe Akzeptanz und Zuverlässigkeit geschaffen hat.

Im Internet findet nicht nur wissenschaftlicher Austausch, sondern auch Meinungsbildung statt. Daran teilzunehmen, ist der Auftrag unseres Grundgesetzes an die politischen Parteien. Die Sächsische Union will auch mit neuen Medien an der gesellschaftlichen Diskussion teilnehmen. Internetforen bilden Stimmungsbilder ab und bieten Möglichkeit, eigene Meinungen und Positionen zur Diskussion zu stellen. Die Möglichkeiten der Internetdienste sind hilfreich für die parteiinterne Meinungsbildung aber auch für die Verbreitung und Darstellung nach außen. Was früher an Stammtischen oder im persönlichen Gespräch verabredet wurde, läuft heute vielfach mit dem Smartphone über Netzwerke virtuell.

### **Neue Qualität der Kopie – Urheberrecht im Digitalzeitalter.**

Die Musikbranche ist über das Internet in eine Krise gestürzt. Andere Branchen spüren die Entwicklung. Denn das „Verdien-“ und Verkaufsmodell über trägergestützte Urheberrechte von Künstlern hat im Internet keine Entsprechung. Auf digitaler Grundlage lassen sich alle Ideen, Konzepte und Ausdrucksformen menschlicher Kreativität ohne körperliches Trägermedium beliebig oft kopieren und teilen. Der Austausch von künstlerischen oder wissenschaftlichen Schaffensprodukten ist über Internet qualitativ erleichtert und strukturell schlechter nachzuvollziehen. Heute stellt sich die Frage, ob das deutsche Urheberrecht und der Anspruch auf geistiges Eigentum im Internet unverändert fort gelten können. Einerseits muss das Urheberrecht klar und eindeutig für die Anwender bleiben. Andererseits müssen Öffnungen für neue technische Möglichkeiten und wirtschaftliche Modelle geschaffen werden. Mit Blick auf die rasante Entwicklung ist eine Förderung der Portabilität und Mobilität von bezahlten Medieninhalten durch Weiterentwicklungen im Urheberrecht zu fördern.

Die Verfolgung von Urheberrechtsverstößen im Internet hat sich zu einem Geschäftszweig entwickelt. Das ist weder im Sinne der vielen privaten Anwender noch im Sinne einer öffentlichen Strafverfolgung. Die Instrumente zur Durchsetzung der Inhaberrechte müssen stark und effizient sein, dürfen aber nicht von wirtschaftlichen Interessen dominiert werden. Der Staat darf die Durchsetzung des Urheberrechts nicht privaten Mechanismen wie beispielsweise den Massenabmahnungen spezialisierter Kanzleien überlassen. Auch dürfen Sanktionen gegen Rechtsverletzungen nicht dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung entgegenstehen. Internetsperren beispielsweise sind staatlich nicht gerechtfertigte Eingriffe.



### **Sicheres Internet – Gefahren im Netz beherrschbar machen**

Vielen Menschen bereiten die Freiheit und die anonymen Möglichkeiten im Internet Sorge. Tatsächlich eröffnet die virtuelle Welt Wege und Methoden, mit denen der Einzelne die Kontrolle über seine Daten verlieren kann. Allerdings ist Datenschutz in der vernetzten Welt nicht mehr zuerst eine Frage zwischen Staat und Bürger, sondern vor allem eine Frage der Bürger untereinander. Wie beispielsweise die den Unternehmen anvertrauten persönlichen Daten. Deshalb ist Datenschutz auch im Internet vor allem eine Frage der eigenen Aufmerksamkeit und der entsprechenden technischen Möglichkeiten. Angesichts zunehmender Mengen von Daten sind automatisierte Verfahren und digitale Archivierung notwendige Voraussetzungen, um Schutzvorschriften korrekt umsetzen zu können und menschliche Fehler zu verringern. Das zeigen die Erfahrungen der Sicherheitsbehörden und Datenschutzbeauftragten.

Natürlich haben sich mit dem Internet auch neue Formen der Kriminalität entwickelt. Über das Netz kann es Betrügern oder Saboteuren gelingen, sensible Daten abzufangen oder zu manipulieren. Angefangen vom simplen Trickbetrug mittels Massen-E-Mail vergleichbar einem „Hütchenspieler“ bis hin zu hochentwickelten Virenprogrammen, die Systeme ausspähen, knacken oder lahmlegen können. Dazu gehört auch der Tachobetrug beim Gebrauchtwagenverkauf, der durch die Digitalisierung letztlich erleichtert worden ist. Dazu gehört aber auch das scheinbar harmlose soziale Netzwerk, das tatsächlich von Extremisten betrieben wird und als Propagandainstrument genutzt wird. Digitalisierung und Vernetzung machen öffentliche Infrastruktur verwundbar und erzeugen einen neuen Zweig der Wirtschaftskriminalität. Kriminalitätsbekämpfung im Internet hat Waffengleichheit zur Voraussetzung. Wichtig sind daher technische Ausstattung der Sicherheitsbehörden und exzellentes Know How bei Polizei und Verfassungsschutz.

### **social media – Neue Medien verlangen neue Bildung**

Über die technischen Möglichkeiten der Digitalisierung wachsen bislang getrennte und gewohnte Medien zusammen. Das Fernsehgerät bietet heute auch Internetzugang. Der Computer oder der MP3-Player ersetzt heute weitgehend die herkömmliche „Stereo-Anlage“. Zeitungen bieten Ihre Artikel selbstverständlich auch im Internet und stundenaktuell an. Fernsehsender halten ihre Sendungen auf der Internetseite im Archivbereich über längere Zeit im Angebot. Die Medienkonsumenten können Inhalte der Programmanbieter auf dem privaten Media-Receiver speichern. „TV on demand“ ist Realität. Für Kinder ist heute der Unterschied zwischen einer Fernsehsendung im klassischen Programm und einem „gestreamten“ Film über Internet nicht mehr erkennbar. Der nächste Schritt steht mit You Tube Kanälen vor der Tür. Dann wird unser Medienangebot weniger von Programmdirektoren als von unserem Freundeskreis bestimmt. Diese neuen Mechanismen müssen wir verstehen. Das gilt auch für soziale Netze. Berühmtes Beispiel: Eine falsche Einstellung bei Facebook macht eine Einladung zur Grillparty zum Happening für ungebetene Gäste.

### **Internet in Zukunft – mehr Chance als Risiko**

Bei aller Kritik: Internet ist die Chance für jeden, unabhängig vom Ort einen Einstieg in die milliardenfachen aktuellen Informationsangebote der Menschheit zu finden. Die Sächsische Union stellt Chancen und Risiken sachlich gegenüber. Natürlich bringen neue Medien und neue Technik auch neue Gefahren. Die bisherige Entwicklung zeigt aber deutlich, dass die Vorteile der digitalen Entwicklung überwiegen. Wichtig ist deshalb, die Aufklärungsarbeit und die Kompetenz für neue Medien zu stärken. Die Sächsische Union wird deshalb die Netzpolitik als einen weiteren Schwerpunkt der eigenen Positionen weiter ausbauen und aufbauen.

## ÜBERWEISUNGEN

### ÜBERWEISUNG (A1)

#### **Betreff: Stärkung von Kompetenz und Verantwortung der Aufsichtsräte**

#### **Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags:**

Der CDU-Landesverband Sachsen bekennt sich als fraktionstragende Partei von Fraktionen in kommunalen Gebietskörperschaften und im Sächsischen Landtag zur Verantwortung für kommunale Unternehmen in Privatrechtsform. Die in § 98 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 Satz 3 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) und § 63 Sächsische Landkreisordnung aufgeführten Kriterien „betriebswirtschaftliche Erfahrungen und Sachkunde“ sind für den CDU-Landesverband Sachsen zwingende Voraussetzungen, um die Gemeinwohl orientierte Aufgabenerfüllung durch die Vertreter der Gemeinde in kommunalen Unternehmen der Privatrechtsform sicherzustellen. Bei der Entsendung von Mitgliedern in Aufsichtsräte und andere entsprechende Überwachungsorgane durch Fraktionen der CDU Sachsen wird nur dann von der Erfüllung der Kriterien der SächsGemO und SächsLKrO abgesehen, wenn Sachkunde und Erfahrungen in branchenspezifischen Belangen eines konkreten Beteiligungsunternehmens eine wirksame Ausübung der Aufsichtsfunktion gewährleisten.

Die Sächsische Union setzt sich dafür ein, den Ermessensspielraum der Regelungen des § 98 Abs. 1 Satz 4 und Abs. 2 Satz 3 der Sächsischen Gemeindeordnung zu verengen, die Kriterien für die Entsendung von Vertretern der Gemeinde in Aufsichtsräte und andere entsprechende Überwachungsorgane sachgerecht zu konkretisieren und die Regelungen der SächsGemO um entsprechende Anwendungshinweise zu ergänzen.

### ÜBERWEISUNG (A3)

#### **Betreff: Selbstständigkeit für Ältere**

#### **Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags:**

Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag soll im Bereich der Wirtschaftsförderung Möglichkeiten prüfen, dass die Gründung selbstständiger Existenzen für Ältere gefördert wird.

Voraussetzung dafür ist die Einrichtung eines spezifischen Programms, welches die Unterstützung von Existenzgründungen für ältere Personen zum Inhalt hat. Dazu gehört auch, dass Nachteile bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen ausgeglichen werden.

### ÜBERWEISUNG (A4)

#### **Betreff: Beratungsstellen für pflegende Angehörige**

#### **Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags:**

Die CDU Fraktion im Sächsischen Landtag zu ersuchen, Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen,

- dass Anlaufstellen zur Beratung für pflegende Angehörige geschaffen werden.
- dass das Angebot an Kurzzeitpflegeplätze erhöht wird.
- dass die Leistungen von Tages- oder Nachtpflegen vollständig durch die Leistungen der Pflegegelder gedeckt werden. Zusätzlich bedarf es eines Ausbau der genannten Pflegeplätze

### ÜBERWEISUNG (A7)

#### **Betreff: Rente**

#### **Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den CDU-Landesvorstand:**

Die Sächsische Union lehnt den Vorstoß des Bundesarbeitsministeriums, Altersarmut durch Einführung einer so genannten Zuschussrente zu begegnen ab, da diese einseitig die junge Generation belastet und das Grundproblem, die Rente auf die Herausforderungen des demographischen Wandels einzustellen, verfehlt. Die Sächsische Union setzt sich deshalb mittelfristig für ein Rentensystem ein, dass Elemente der umlagefinanzierten Rente, privater Vorsorge und betrieblicher Renten verbindet.

#### **ÜBERWEISUNG (A8)**

**Betreff: Anpassung Vergabebedingungen für die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, folgende Kriterien in die Vergabebedingungen bei öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung zu implementieren.

Es sollen sich nur Unternehmen an öffentlichen Ausschreibungen und deren Umsetzung beteiligen dürfen, wenn diese keine Leistungsbezieher von ergänzendem ALG II sind und darüber hinaus eine entsprechende Altersvorsorge nachweisen können.

#### **ÜBERWEISUNG (A9)**

**Betreff: Beendigung der staatlichen Subventionierung bei Beschäftigungsverhältnissen in gesetzlicher oder tariflicher Vollzeit**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, alle über die öffentlichen Haushalte kofinanzierten SGB II-Beträge zu beenden, wenn diese trotz voller Erwerbstätigkeit gezahlt werden müssen. Zu diesem Zweck ist es erforderlich, zum aktuellen Status inflationsbereinigt einen Schwellenwert zu definieren und diesen als Lohnuntergrenze für gesetzliche bzw. tarifliche Vollzeitbeschäftigung festzulegen. Die Lohnuntergrenze gilt dann überregional für alle Branchen und alle Beschäftigungsverhältnisse. Ein großer Teil der eingesparten Mittel soll der Qualifizierung von Arbeitsuchenden und dem Integrationsprozess in den 1. Arbeitsmarkt zufließen.

#### **ÜBERWEISUNG (A10)**

**Betreff: Angleichung der Auszahlungssätze für Leistungsempfänger von ALG II zwischen getrennt und nicht getrennt lebenden Partnerschaften.**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen, die Differenzierung in der Höhe der Zuwendungen zwischen Einzelbeziehern und Bedarfsgemeinschaften zu beenden.

#### **ÜBERWEISUNG (A11)**

**Betreff: Zeitliche Beschränkung der Absicherung des Existenzminimums von selbständig Tätigen über Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an die Landesgruppe Sachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:**

Der Deutsche Bundestag möge beschließen:  
Der Zuwendungszeitraum von ALG II für Unternehmer soll auf maximal 24 Monate begrenzt werden. Danach ist das Gewerbe abzumelden. Die betreffende Person wird in den Leistungsbezug Arbeitslosengeld I / Arbeitslosengeld II zurückgeführt. Der Zeitraum kann um weitere 12 Monate verlängert werden, wenn in den ersten 24 Monaten Maßnahmen (z. B. Qualifizierungsmaßnahmen) begonnen wurden, die auf die Beseitigung der Zuwendungen seitens der öffentlichen Hand ausgerichtet sind.

## ÜBERWEISUNG (A16)

**Betreff: Positionspapier zum Leitantrag "Nachhaltig wirtschaften - Sachsen in eine gute Zukunft führen"**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den CDU-Landesvorstand und die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags:**

Die Sächsische Union unterstützt folgende Forderungen und Positionen der Frauen Union und macht sich diese zueigen:

### ***Bodenständig und ehrlich leben – für unsere Zukunft und die Zukunft unserer Kinder!***

Die Frauen Union Sachsen steht für Nachhaltigkeit!

Wir fordern das gleichzeitige und gleichberechtigte Umsetzen von umweltbezogenen, wirtschaftlichen und sozialen Zielen. Nur so kann die ökologische, ökonomische und soziale Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft sichergestellt und verbessert werden. Die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökologie, Ökonomie und Soziales – lassen sich zu einem gleichseitigen, integrierenden Dreieck verbinden. Sie stehen miteinander in Wechselwirkung, erfordern langfristig eine ausgewogene Koordination und sind nicht isoliert voneinander zu betrachten. Frauen sind in diesem Dreieckssystem zielführender und unabdingbarer Bestandteil. Wir sind überzeugt: Ohne Frauen, ihre Teilhabe und aktive Mitwirkung gibt es keine Nachhaltigkeit! Sie entscheiden sich für oder gegen Kinder – und damit für oder gegen das Wachsen neuer Generationen!

Nachhaltig leben ist Fundament des christlichen Menschenbildes. Das erfordert die besondere Unterstützung derjenigen, welche die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in Sachsen schaffen.

Die Frauen Union ordnet den drei Dimensionen beispielhaft die folgenden Aspekte zu.

Ökonomie – Ehrlich wirtschaften!

Soziales – Bildungschancen für alle!

Ökologie – Herausforderungen nicht nur für den ländlichen Raum!



### ***Ökonomie - Ehrlich wirtschaften!***

Wir dürfen in Sachsen nicht über unsere Verhältnisse leben. Wir übernehmen Verantwortung für die nachfolgenden Generationen!

Ein ehrlicher, transparenter und solider Haushalt im Freistaat Sachsen mit einer hohen Investitionsquote ist eine Grundvoraussetzung. Die Frauen Union setzt auf nachhaltige Investitionen! Bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen ist unbedingt darauf zu achten, dass die Auftragnehmer langlebige Materialien einsetzen und fristgerecht hochwertige Leistungen erbringen.

Wir fordern eine leistungsgerechte Bezahlung und Entlohnung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hierbei ist auf Entgeltgleichheit zu achten. Frauen, insbesondere junge Frauen sollen, eine Chance auf Beschäftigung erhalten! Wir brauchen sie für unseren Freistaat! Ihre Kompetenzen und Kreativität, insbesondere als Familienmanagerinnen, sind unerlässlich.

Rente mit 67 – das bedeutet für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer solche Arbeitsbedingungen zu schaffen, dass sie den Bedürfnissen des Alterns angepasst sind. Die Frauen Union fordert Instrumente der betrieblichen Gesundheitsvorsorge in allen Bereichen der Gesellschaft zu implementieren. Prävention ist eines der wichtigsten Mittel hierbei.

### ***Soziales – Bildungschancen für alle!***

Für die Frauen Union hat die Förderung der frühkindlichen Entwicklung Priorität! In den ersten drei Lebensjahren werden entscheidende Voraussetzungen für das gesamte Leben geschaffen.

Die Frauen Union fordert eine stärkere Profilierung des Sächsischen Schulsystems. Wir wollen, dass Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt stehen. Die Frauen Union fordert den Ausbau und die Erweiterung der Lehrerbildung hinsichtlich eines schulartübergreifenden Einsatzes und der geschlechterspezifischen Pädagogik und Psychologie.

Wir schlagen vor, Modelle zu schaffen, die auf die Koedukation (gemeinsame Bildung von Jungen und Mädchen) in MINT Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) während der Jahrgangsstufen 7 bis 9 verzichten, um das Interesse der Mädchen an technischen Fächern zu wecken und deren Förde-

rung zu stärken. Die Begabtenförderung ist geschlechtssensibel zu gestalten. Wir fordern eine noch stärkere und kontinuierlichere, praxisorientierte Ausbildung während der schulischen Bildung.

Wir setzen uns ein für mehr Anerkennung des pädagogischen Personals. Wir fordern einen fairen Umgang mit Lehrern, Eltern und Schülern. Es müssen dringend noch mehr Maßnahmen greifen, die eine weitere Einstellung von Lehrern ermöglichen. Außerdem ist es erforderlich, Altersanrechnungen der Lehrer zugunsten eines Einstellungskorridors und im Sinne der Gleichbehandlung zu verändern.

Die Frauen Union fordert zur Unterstützung des Lern- und Biorhythmus von Kindern- und Jugendlichen landeseinheitliche Rahmenbedingungen für die Unterrichtsplanung. Der Unterrichtsbeginn muss im Zeitraum zwischen 8.00 Uhr und 9.00 Uhr liegen. Dabei ist die Frühhortbetreuung für Grundschüler zu sichern.

Nachhaltigkeit verlangt die aktive Teilnahme der Schüler am gesellschaftlichen Engagement, um beispielsweise den Generationenaufgaben der älter werdenden Gesellschaft gerecht zu werden.

Deshalb empfehlen wir den schrittweisen Verzicht auf Hausaufgaben zu Gunsten des selbstständigen und eigenverantwortlichen Lernens.

Bildung spielt für eine persönliche und existenzsichernde Perspektive von Kindern eine große Rolle. Bildung verbessert die Fähigkeiten von Kindern, ihre individuelle Lebenslage und ihre gesellschaftliche Teilhabe zu gestalten.

Nachhaltigkeit im alltäglichen Miteinander bedeutet, Solidaritätsbeziehungen zwischen den Generationen in Nachbarschaft und Gemeinde konkret zu leben. Daher fordert die Frauen Union lokale Netzwerke bürgerschaftlichen Engagements aktiv zu stärken und verlässliche Infrastrukturen für freiwillige Hilfe zu schaffen.

### ***Ökologie – Herausforderung nicht nur für den ländlichen Raum!***

Ländliche Räume sind das Reservoir unserer natürlichen Ressourcen. Sie sichern unsere Nahrungsmittel, Wasser und nachwachsende Rohstoffe, bieten Natur- und Erholungsräume.

Die Frauen Union setzt sich für lebendige ländliche Räume als Wirtschaftsstandorte und als Natur- und Erholungsräume ein. Das setzt zukunftsorientierte Chancen für Frauen – und damit auch für junge Familien – voraus. Die Frauen Union fordert günstige Rahmenbedingungen bei Investitionen und Existenzgründungen, dadurch können sich für Frauen langfristige Chancen ergeben.

Dabei ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinden so verlässlich auszugestalten, dass sie den Herausforderungen bei Versorgung, Bildung, Mobilität, Gesundheit und Pflege trotz einer weniger und zunehmend älter werdenden Bevölkerung gerecht wird. Wie sich Kommunen im ländlichen Raum weiterentwickeln, entscheidet sich auch durch den Erhalt der Mobilität für die Menschen. Die Frauen Union fordert nachhaltiges Handeln der Entscheidungsträger, indem der Öffentliche Personen Nahverkehr (ÖPNV) nicht weiter ausgedünnt, aber effektiv eingesetzt wird. Dabei sind alle vorhanden Ressourcen, auch die guten Beispiele bürgerschaftlichen Engagements zu nutzen. Als Beispiele verweisen wir u.a. auf Ruftaxis, Bürgerbusse oder Mitfahrzentralen.

Die Forderung nach ökologischer Nachhaltigkeit ist für die Frauen Union nicht beschränkt auf die globale und damit anonyme Zuweisung der Verantwortung dafür. Wir hinterfragen unser ganz persönliches Verhalten im Alltag – innerhalb der kleinen Lebenskreise und in der Gesellschaft. Jeden Tag entscheiden wir mit, ob das Klima geschützt, knappe Ressourcen geschont oder Menschenrechte geachtet werden.

Eine der Grundfragen ist „Ehrliches Essen“. Die Frauen Union ruft dazu auf, die eigenen Ansprüche an Lebensmittel zu überprüfen. Täglich frisch, einwandfrei und natürlich billig? Zunehmend wächst die Erkenntnis, dass regional hergestellte und der Jahreszeit entsprechende Produkte nachhaltiger sind und zur gesunden Ernährung beitragen. Deshalb ist es unabdingbar, regionale und saisonale Produkte auch in den Fokus externer Speisenanbieter in Kindertageseinrichtungen und Schulen zu rücken.

Wir fordern eine Zertifizierung von nachhaltigem Handeln und der Produkte kommerzieller Essensanbieter im öffentlichen Bereich.

Die Frauen Union befürwortet die Fortsetzung der Förderung des ländlichen Raums, wie z.B. den Ausbau von Nachbarschaftsläden, und die Unterstützung der Erzeuger und Anbieter heimischer Produkte.

Wir setzen uns für die kontinuierliche Förderung von Angeboten und Projekten zur Ernährungsbildung und Aufklärung zu einer gesundheitsfördernden Lebensweise ein. Bildung für eine gesunde, ehrliche Lebensweise fängt in der kindlichen Phase an. Als Beispiel sei hier der Ernährungsführerschein, den die Landfrauen in sächsischen Schulen gestalten, angeführt.

Die Frauen Union spricht sich gegen Lebensmittelverschwendung und Lebensmittelvernichtung als Teil unserer christlichen Verantwortung aus. Pro Person und Jahr werden in Deutschland 82kg Lebensmittel weggewor-

fen. Das ist eine riesige Vernichtung von Produkten, der dazu notwendigen Energie bei der Herstellung und des benötigten Wassers. Wir unterstützten die Kampagne "Zu gut für die Tonne!" und die gemeinnützigen Vereine der „Tafeln“, vor allem auch im ländlichen Raum. Keine Benachteiligung von Lebensmittelpendern im Steuerrecht!

Die Frauen Union steht zu fair hergestellten und gehandelten Produkten. Wir hinterfragen unser eigenes Konsumverhalten! Wir setzten uns für eine verstärkte Information und Aufklärung (Wissensvermittlung) zu Arbeits- und Sozialbedingungen bei der Produktion in den Herstellerländern ein. Wie umweltgerecht wird beispielsweise Kleidung in China hergestellt? Welchen Preis hat unser Schnäppchen-Verhalten, unser Anspruch an ständig neue Kleidung zum niedrigsten Preis? Oder kann zum Beispiel Kinderkleidung mehrmals getragen werden?

Das sind nur einige wenige Aspekte, viele weitere Beispiele und Empfehlungen ließen sich aufführen.

Die Frauen Union ist überzeugt: Verantwortlich konsumieren ist möglich! Als Entscheidungshilfe verweisen wir auf den „Nachhaltigen Warenkorb“. Die Broschüre wurde im Auftrag des Rates für Nachhaltige Entwicklung erstellt und wird laufend aktualisiert. Sie bietet gute Orientierung und die Möglichkeit zur Mitgestaltung.

## **ÜBERWEISUNG (A18)**

**Betreff: Lebensleistung muss sich lohnen: Für eine Rente, die zum Leben reicht**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den CDU-Landesvorstand:**

Nach der Friedlichen Revolution gelang es, dass die Lebensleistung der ostdeutschen Rentner gewürdigt wurde und sie ordentliche Rente erhielten – anders als zu DDR-Zeiten. Dies war eine große Leistung im Rahmen der Wiedervereinigung.

Auch heute ist die gesetzliche Rente für die meisten Menschen die zentrale Säule der Alterssicherung, insbesondere im Osten Deutschlands. Das soll auch so bleiben. Als umlagefinanzierte Sozialversicherung ist sie wie kein anderes Versicherungssystem in der Lage, neben dem Alter auch das Invaliditäts- und das Hinterbliebenenrisiko solidarisch abzusichern.

Durch die demografische Entwicklung – insbesondere durch die zu niedrige Geburtenrate – musste das gesetzliche Renteneintrittsalter bis 2029 auf 67 Jahre angehoben werden. Lediglich jene Beschäftigten, die 45 Pflichtbeitragsjahre erreichen, können weiterhin abschlagsfrei mit 65 Jahren in Ruhestand gehen.

Das sinkende Rentenniveau führt allerdings auch dazu, dass selbst langjährige Beitragszahler nicht mehr mit einer Rente über der Grundsicherung rechnen können – sie mithin das gleiche erhalten wie jene, die nie gearbeitet haben. Das müssen wir ändern! Wer arbeitet, muss mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Das war und ist eine Grundüberzeugung der Union. Wer lange gearbeitet und Beiträge gezahlt und gegebenenfalls noch ergänzend vorgesorgt hat, muss im Alter mehr haben als derjenige, der das nicht geleistet hat.

Die Rente nach Mindesteinkommen, die für Beitragszeiten bis 1991 noch gilt, hat sich bewährt. Die Regelung sieht vor, dass Ansprüche von Menschen, die lange gearbeitet haben, aufgewertet werden – um 50 Prozent, auf bis zu 0,75 Entgeltpunkte. Dabei bleibt das Äquivalenzprinzip gewahrt, weil nicht auf einen einheitlichen Satz aufgestockt wird, sondern individuell nach den erworbenen Ansprüchen.

Unabhängig davon bleibt die Grundsicherung die untere Auffanglinie zur Verhinderung von Armut im Alter und bei Erwerbsminderung. Als bedürftigkeitsabhängiges Fürsorgesystem sichert sie das Existenzminimum ab.

Betriebsrenten und private Altersvorsorge gewinnen an Bedeutung. Es darf nicht sein, dass jene, die privat oder betrieblich vorsorgen, insofern benachteiligt werden, dass ihre Alterseinkünfte dann bei der Grundsicherung angerechnet werden. Sparen und Vorsorgen müssen sich lohnen!

Für die Frauen, deren Kinder vor 1992 geboren worden sind – die also für ihre Kinder derzeit nur einen statt drei Entgeltpunkte erhalten – sollte eine Lösung gefunden werden, die die Kindererziehungszeiten besser berücksichtigt. Der entsprechende Beschluss des CDU-Bundesparteitages sollte mit Leben erfüllt werden.

Menschen, die gerade im Osten Deutschlands an 1-Euro-Jobs wahrgenommen haben, sollten für diese Zeit im

Nachhinein Rentenanwartschaften erwerben.

Selbstständige sind stärker auf Grundsicherung angewiesen. Auch für sie sollte eine Regelung gefunden werden, die bei ihnen zu Rentenanwartschaften bzw. vergleichbaren Altersvorsorgeleistungen führt.

Wir begrüßen den Vorschlag des Bundesarbeitsministeriums, die Zurechnungszeiten bei Erwerbsminderungsleistungen um zwei Jahre zu verlängern. Damit sinkt das Risiko, dass man aufgrund von Invalidität auf Grundsicherung angewiesen ist. Es ist zu prüfen, ob der Schutz vor Berufsunfähigkeit für die junge Generation ausreichend geregelt ist.

#### **ÜBERWEISUNG (I1)**

**Betreff: Wasserpfeffig**

**Der Landesparteitag überweist folgenden Antrag an den CDU-Landesvorstand und die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags:**

Die CDU-Fraktion des Sächsischen Landtages wird beauftragt, vor der Einführung von Sonderabgaben für einzelne Berufs- bzw. Investorengruppen grundsätzlich deren Verhältnismäßigkeit durch ausreichende Abstimmungen insbesondere mit den Betroffenen zu prüfen, insbesondere wenn sich diese auf die nachträgliche Belastung von unter anderen Rahmenbedingungen getätigten Investitionen beziehen.